



Vorsitzender  
des Ausschusses für Finanzen,  
Wirtschaft und Beschäftigung

über  
Herrn Oberbürgermeister

*und Magistrat* *6.01/03.*

über  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

**Beschluss Nr. 0370 des Ausschusses für Finanzen,  
Wirtschaft und Beschäftigung vom 07.12.2005 zur Vorlage Nr. 05-F-03-0130  
Negative Folgen der Privatisierung der städtischen Informationstechnik  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.11.2005 -**

Sehr geehrter Herr Winkelmann,

im o. g. Beschluss wurde beschlossen:

"Der Antrag ist durch die Aussprache erledigt. Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung bittet den Magistrat, die mündlichen Ausführungen von Stadtrat Bendel in schriftlicher Form nachzureichen."

Nachfolgend werden jeweils die Fragen zitiert und beantwortet.

1. *Wie hoch sind die Kosten, welche die Landeshauptstadt Wiesbaden aufwenden muss, um den laufenden Betrieb der Informationstechnik zu erhalten?*

Im HH-Plan 2006/2007 sind im UA 0611- Technisch unterstützte Informationsverarbeitung - für den laufenden Betrieb nachfolgende zentrale Mittel veranschlagt:

Kosten pro Jahr

Leistungsentgelt Wivertis	8.200.000 €
Personalkosten IT/M	348.250 €
Sachkosten IT/M u. a. Softwarepflege, Lizenzen	1.003.640 €
Internet- u. Telefongebühren + Telefonbücher (zentral)	785.000 €

Zwischensumme: 10.336.890 €

Des Weiteren sind noch folgende Mittel dezentral veranschlagt:

Telefongebühren und Mobilfunk	300.000 €
Benutzerentgelte KIV ohne Altlast KGRZ1	<u>718.010 €</u>
Gesamtsumme:	12.379.900 €

2. *Wie hoch sind die Kosten, die durch die Umstellung der Informationstechnologie infolge von Umzügen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entstehen?*

2.1 *Sind die Kosten für die Umzüge vollständig in dem jährlichen Vergütungsbetrag von 8,2 Millionen Euro an WiVertis enthalten?*

2.2 *Falls 'Nein', warum nicht und mit welchen zusätzlichen Kosten wird gerechnet?*

Die Kosten für Umzüge sind nicht in den 8,2 Mio. EUR brutto enthalten. Gemäß der Ausschreibung sind Umzüge gesondert zu vergüten. Die Kosten variieren nach Anzahl der Umzüge

Der Umzug eines PC kostet jeweils incl. MWST innerhalb eines Standortes 97,44 EUR; zwischen zwei Standorten 121,80 EUR. Bei mehr als 20 Umzügen wird ein Projektpreis kalkuliert.

Der Umzug eines TK-Endgerätes kostet incl. MWST innerhalb eines Standortes 89,32 EUR; zwischen zwei Standorten 102,08 EUR. Bei mehr als 20 Umzügen wird ein Projektpreis kalkuliert.

3. *Wie hoch sind die Kosten für die Betreuung von besonderen städtischen Hardwareeinheiten wie Plottern und Nadeldruckern?*

3.1 *Sind diese Kosten in dem jährlichen Vergütungsbetrag von 8,2 Millionen Euro an WiVertis enthalten?*

Die Inventurdaten sind erhoben. Derzeit erfolgt die Auswertung. Wir gehen davon aus, dass die Kosten der Nadeldrucker und Plotter, die zum Stichtag 21.09.2004 vor Ort standen und im Kataster ausgewiesen sind, im jährlichen Vergütungsbetrag enthalten sind.

4. *Welche finanziellen und sonstigen Auswirkungen hat der Umstand, dass der Betrieb der Fachanwendungen, die in den Ämtern betrieben werden oder künftig betrieben werden sollen, nicht durch den Leistungsvertrag abgedeckt ist, obwohl in der Vergangenheit Leistungen hierfür durch die Abteilung 1103 erbracht wurden ?*

Es gibt keine Änderungen gegenüber den früheren Zuständigkeiten bzw. Arbeitsteilungen zwischen den Fachbereichen und vormals 1103 bzw. WIVERTIS heute.

Die Aufwände für die Verfahrensbetreuung sind für jedes Verfahren einzeln, entsprechend der Tiefe der Betreuungsleistungen der WIVERTIS berücksichtigt.

Für den überwiegenden Teil der städtischen Anwendungen wird die qualifizierte Verfahrensbetreuung von den Fachbereichen wahrgenommen.

Hierzu ergänzend Auszug aus dem Bericht der EDV-Prüfgruppe vom 29.06.2005

"Herr Prof. Dr. Wieser erklärte hierzu, dass man eine Trennung vornehmen müsse zwischen bisher geleisteter ‚operativer‘ Administrationsarbeit und der qualifizierten Verfahrensbetreuung durch die Fachbereiche.

Diese zweite Form der Vorort-Administration solle auch zukünftig beibehalten werden, wobei die Zugriffsrechte eben genau den Bedürfnissen der Bereiche angepasst werden sollen.

Herr Schäfer (20, Kämmerei) nannte in diesem Zusammenhang die Beispiele HMS (Haushaltsmanagementsystem der Kämmerei) und PROSOZ (Verfahren des Amtes für Soziale Arbeit). Herr Quetscher (30 DSB, Datenschutzbeauftragter) wies ebenfalls auf die wichtige Trennung zwischen operativem Support und fachlicher Administration."

5. *In vielen Fällen sind Telefonnummern nach Umzügen nicht beibehalten worden. Hierdurch wurde die Erreichbarkeit der entsprechenden Beraterinnen und Berater sowie anderer städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Kunden eingeschränkt (Beispiel: Sozialdienst).*

5.1 *Ist das aus Kostengründen so gehandhabt worden?*

5.2 *Wie bewertet der Magistrat diese Tatsache im Zusammenhang mit der Kundenzufriedenheit und der Außendarstellung der Stadt?*

5.3 *Kann der Magistrat ausschließen, dass sich in Zukunft die Telefonnummern von kundenorientierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach einem Umzug ändern?*

5.4 *Falls 'Nein', welche Folgen hat dies aus Sicht des Magistrats für die Kundenzufriedenheit und der Außendarstellung der Stadt?*

Die Telefonnummern wurden und werden je nach Wunsch des Kunden bei Umzügen beibehalten oder geändert soweit es technisch notwendig ist.

Die Beibehaltung der Rufnummern ist nur innerhalb des Telefonnetzes der LHW möglich. Verlässt ein Teilnehmer diesen Bereich und zieht an einen Standort außerhalb des städtischen Netzes (z. B. Kastel-Kostheim) also in Gebäude mit externem Anschluss, so erhält er zwangsläufig eine andere Rufnummer.

Grundsätzlich ist es in jedem Fall möglich neue Standorte an das Telefonnetz der LHW anzuschließen. Der jeweilige Aufwand wird individuell festgestellt.

Danach kann es, wie auch in der Vergangenheit zu einer Erweiterung des physikalischen Leitungsnetzes verbunden mit Neu-/Tiefbauarbeiten kommen oder auch zur Anmietung von externen Verbindungen z.B. über die T-COM, siehe z.B. Kindergärten etc.

Ein Rufnummernwechsel ist damit standortabhängig und kann nie ganz ausgeschlossen werden.

Im Übrigen sind die betroffenen Fachbereiche für die externe Publikation ihrer Kommunikationsänderungen zuständig.

6. *Wie begründet der Magistrat die häufigen Ausfälle der Telefonanlage der Stadt seit der Zuständigkeit von WiVertis?*

Im Zusammenhang mit der Einrichtung der neuen zentralen Telefonanlage in der Friedrichstraße kam es zu Störungen, die u. a. auf Softwareinkompatibilitäten zwischen der neuen und den alten, noch weiter im Betrieb befindlichen TK-Anlagen zurückzuführen sind.

Es wurden Softwareanpassungen vorgenommen, die zur Minimierung der Fehler führten. Entgegen dem geplanten Investitionsplan der WIVERTIS werden in 2005/2006 weitere Altanlagen vorzeitig ersetzt, um die Störungen weiter zu minimieren.

7. *Wie begründet der Magistrat die häufigen Netzausfälle seit der Zuständigkeit von WiVertis?*

Die publikumswirksamen Störungen zum Jahresanfang 2005 im ZVK-Gebäude und im November 2005 im Rathaus sind auf altersbedingte technische Geräteausfälle zurückzuführen. Die Ausfälle wurden vereinbarungsgemäß behoben. Grundsätzlich sind keine häufigeren Netzausfälle seit der Zuständigkeit der WIVERTIS festzustellen.

8. *Wie bewertet der Magistrat die Aussage, dass seit dem 1. Januar 2005*  
*- die Bestellung der Hardware komplizierter geworden ist?*  
*- die Beschaffung von Hardware längere Zeit in Anspruch nimmt?*  
*- die Beseitigung von Mängeln länger dauert?*  
*- sich der Service für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung verschlechtert hat*

Die Bestellung der Hardware ist seit dem 01.01.2005 nicht komplizierter geworden. Es steht online ein Warenkorb zur Verfügung, aus dem über ein bereitgestelltes Bestellformular geordert werden kann. Die Übermittlung an den Lieferanten erfolgt elektronisch, so dass ein kurzer Zeitraum gewährleistet ist.

Die laufenden Servicedienstleistungen, insbesondere auch die Mängelbeseitigungen, werden von den gleichen Mitarbeitern und externen Dienstleistern wie vorher erbracht.

Beim Austausch der Endgeräte gibt es aktuell zeitliche Verzögerungen (ca. 2 Monate), die aber zum Teil auf der technischen Migration von Winkosi beruhen und mit den Fachbereichen abgestimmt sind. Des Weiteren gab es bereits zum 01.01.2005, dem Beginn der Geschäftstätigkeit der Wivertis, geringfügige Verzögerungen. Letztlich führten auch die Einführung einer neuen Software bei der Wivertis und Lieferschwierigkeiten im Rahmen der Vereinheitlichung des Austauschrhythmus auf 48 Monate zu zeitlichen Verzögerungen.

In den nächsten Wochen werden diese Rückstände aufgearbeitet und eine planmäßige Auslieferung der in diesem Jahr anstehenden Endgeräte wird ebenfalls erfolgen.

9. *Was unternimmt der Magistrat angesichts der Tatsache, dass die bei WiVertis beschäftigten städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Aufgaben nur eingeschränkt wahrnehmen können, da weder SBS-Siemens noch die Wivertis-Geschäftsleitung bis heute in der Lage waren, Prozesse in erforderlichem Maße zu implementieren?*

Die im Bereich der Technik eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WIVERTIS nehmen in der Regel ihrer früheren Tätigkeit bei 1103 vergleichbare Aufgaben wahr. Gemeinsam mit den bei WIVERTIS beschäftigten Mitarbeitern werden die Prozesse laufend weiterentwickelt.

10. *Wie bewertet der Magistrat rechtlich und kostenrechnerisch die Tatsache, dass von WiVertis ausschließlich Produkte der Firma Siemens beschafft werden?*

Im Serverumfeld kommen Produkte der Firma HP zum Einsatz, im Netzumfeld der Firma Alcatel, im Druckerumfeld der Firmen HP und Kyocera.

Für PCs werden derzeit Geräte des Unternehmen Fujitsu-Siemens ausgeliefert.

Es wird lediglich im Umfeld der Telefonie die bereits seit Jahren bei der Stadt bestehende Siemens-Infrastruktur erneuert (TK-Anlagen und Endgeräte). Für diese Technologie ist das Know-how bei WIVERTIS vorhanden, ferner sind die Produkte am wirtschaftlichsten.

Mit freundlichen Grüßen



Bendel  
Stadtrat